

Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems

Stykov, Petra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stykov, P. (2007). Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems. *Russland-Analysen*, 127, 3-6.
<https://doi.org/10.31205/RA.127.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



BEWEGUNG IN DER RUSSISCHEN INNENPOLITIK

■ KOMMENTAR	
Medwedjew und Iwanow – oder die Inszenierung einer demokratischen Thronfolge	2
Hans-Henning Schröder, Bremen	
■ ANALYSE	
Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems	3
Petra Stykow, München	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Liste der 2007 offiziell registrierten politischen Parteien	6
Parteienratings und Sonntagsfrage	7
Welche politische Gruppe hat auf Sie in der letzten Zeit einen guten, positiven Eindruck gemacht? (Februar 2007)	9
■ KOMMENTAR	
Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können	12
Petra Stykow, München	
■ BIOGRAPHIE	
Anatoli Serdjukow	13
■ CHRONIK	
Vom 15. bis zum 22. Februar 2007	14



Kommentar

Medwedjew und Iwanow – oder die Inszenierung einer demokratischen Thronfolge

Hans-Henning Schröder, Bremen

In Russland ist die politische Kontrolle in den Händen eines Elitenkartells. Die Bevölkerung ist Objekt von Politik – ohne Möglichkeit zur Teilhabe. Das ist nicht neu. Sowohl die Jahre der Gorbatschowschen Perestrojka 1987–1991 wie das „System Jelzin“ 1993–1999 waren dadurch gekennzeichnet, dass eine kleine Führungsschicht den Rest der Gesellschaft kontrollierte und die politische Richtung vorgab.

Geändert haben sich über die Jahre aber die Zusammensetzung des Elitenkartells und die Inhalte von Politik. Kämpfte Gorbatschow noch im Verein mit Reformern gegen die erstarrten Strukturen des Breschnjewschen Machtapparats um eine Liberalisierung des Systems, verbanden sich im „System Jelzin“ liberale Wirtschaftsreformer mit alten Parteikadern und jungen Glücksrittern, um durch die rasche Privatisierung des Staatseigentums die Existenz der marktwirtschaftlichen Ordnung zu garantieren. Im Bachanal der Jelzinschen Gründerjahre, in der Oligarchen und Provinzfürsten das gesellschaftliche Vermögen unter sich verteilten während ein Drittel der Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums lebte, verlor der Begriff демократия (Demokratie) in Russland endgültig seinen positiven Beiklang.

Die Putin-Jahre brachten nicht mehr Gerechtigkeit, doch das Wirtschaftswachstum, das bereits vor Putins Amtsantritt eingesetzt hatte, führte für die Mehrheit der Russen zu einer fühlbaren Besserung der materiellen Lage. In der Machtelite indes gingen die Verteilungskämpfe weiter. Hatten die Oligarchen zu Jelzins Zeiten den Staat zur Beute gemacht, gewann die Staatsbürokratie unter Putin Boden zurück. Die politische Macht der Finanzmagnaten wurde radikal beschnitten – Beresowskij, Gusinskij und Chodorkowskij waren Opfer dieser Wende –, und die Bürokratie gewannen Zugriff auf die großen Unternehmen – sei es, dass sie Aufsichtsräte besetzte, ihren Kindern lukrative Führungsjobs verschaffte oder sich Firmenanteile direkt aneignete.

Mit Putins Ausscheiden aus dem Amt entsteht für die Elitengruppierungen in seinem Umfeld nun

eine neue Situation. Jener Teil des Kartells, das seinen Kandidaten als Putins Nachfolger durchsetzen kann, wird sich beim Zugriff auf Macht und Besitz in der Vorhand befinden. Daher geht es für die konkurrierenden Führungsgruppen also durchaus um eine echte Wahl, in der jede ihren eigenen Kandidaten durchbringen will.

Der amtierende Präsident indes verfolgt vor allem zwei Interessen – er will einen Übergangsprozess organisieren, in dessen Verlauf das Regime insgesamt nicht erschüttert wird (die farbigen Revolutionen in der GUS sind noch in guter Erinnerung), und er will seine eigene Machtposition bis zum Schluss erhalten. So stellt er nicht einen, sondern zwei potentielle Nachfolger heraus – Dmitrij Medwedjew, den weltläufigen Liberalen und Wirtschaftsfreund einerseits und Sergej Iwanow, den Organisator von Sicherheit und innovativer Industrie andererseits. Mit der Ernennung zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, die vorige Woche erfolgte, wird Letzterer nun auch protokollarisch mit Ersterem auf die gleiche Stufe gestellt. Iwanows Beförderung macht den Platz des Verteidigungsministers frei, auf den der Leiter der nationalen russischen Steuerbehörde nachrückt (vgl. seine Biographie S. 13). Dieses Stühlerücken ist schon Teil der Vorwahlphase.

Ein geordneter Übergang erfordert es aber, die Entscheidung nicht nur in der Führungsgruppe selbst durchzusetzen, sondern sie der Bevölkerung insgesamt plausibel zu machen. Dies geschieht im Prozess einer allgemeinen Wahl, die dem siegreichen Kandidaten zugleich eine demokratische Legitimation verleiht. Die Inszenierung dieses Vorgangs wird jetzt intensiv vorbereitet. Erster Akt werden die Parlamentswahlen sein, für die jetzt ein neues Parteiensystem vorbereitet wird (vgl. S. 3 bis 6). Im zweiten Akt, im März 2008 wird dann der Nachfolger bestimmt. Indem Präsident Putin so zwischen den Kräftegruppierungen in seiner Umgebung laviert und moderiert, wahrt er bis zum Schluss seinen Einfluss auf das Geschehen.

Analyse

Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems

Petra Stykow, München

Zusammenfassung

In Vorbereitung der Wahlen zur Fünften Staatsduma am 2. Dezember 2007 vollzieht sich eine strukturelle Neuordnung des propräsidentiellen Lagers. Die Konkurrenz zwischen den Elitegruppen, die das „System Putin“ stützen, wird dabei auf ungewohnt offene Art und in Form des Wettbewerbs zwischen zwei „Parteien der Macht“ ausgetragen, die sich programmatisch kaum voneinander unterscheiden. Die Wähler reagieren auf diese Inszenierung von Konkurrenz bisher nicht.

Wenn am nächsten Sonntag gewählt würde

Im März 2008 finden in Russland Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der bisherige Amtsinhaber, eigenem Bekunden zufolge, nicht mehr antreten wird. Ob der Bestand des „Systems Putin“ auch ohne seine zentrale Figur gesichert werden kann, wird bereits seit geraumer Zeit öffentlich diskutiert. Wichtige Signale für die Lösung des so genannten „Problems 2008“ werden von den Wahlen zur Staatsduma am 2. Dezember 2007 erwartet. In ihrem Kontext tritt die Konkurrenz zwischen jenen Gruppen der russischen Elite offen zu Tage, die in das bestehende System integriert sind und über seine weiteren Aussichten mitentscheiden wollen.

Die „traditionelle“ Opposition ist davon wenig berührt. Hier haben sich in den vergangenen Monaten keine strukturellen, personellen oder programmatischen Neuausrichtungen vollzogen. Das Unterstützungspotential der Kommunisten sowie das der Liberaldemokratischen Partei Shirinowskijs hat sich seit den letzten Duma-Wahlen (Dezember 2003) nicht verändert. Beide Parteien können wieder mit etwa 10 bis 15% der Wählerstimmen rechnen. Die Wählerbasis der (sozial-)liberalen Partei „Jabloko“ und der (wirtschafts-)liberalen Union der Rechten Kräfte erodiert langsam weiter, und das zweite Mal in Folge werden beide Parteien voraussichtlich an der Sperrklausel für den Einzug ins Parlament scheitern. Dynamisch hingegen ist die Zustimmung der Wähler zur Partei „Einiges Russland“, die den Präsidenten zu ihrem „moralischen Führer“ erklärt hat. Im Vergleich zu den letzten Duma-Wahlen im Jahre 2003 legte sie zehn bis 15% zu und würde heute etwa die Hälfte der Stimmen erhalten.

Die Stagnation der „traditionellen“ Opposition sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die politischen Verhältnisse in den nächsten Monaten dynamisch entwickeln können. Die Rivalität ambitionierter, unterschiedlich starker Gruppierungen, die einander ständig im Auge behalten müssen, läßt beträchtlichen

Raum für kontingente, durch niemanden vollständig kontrollierbare Entwicklungen. Die bevorstehenden Duma-Wahlen haben denn auch struktur- und profilbildende Prozesse im bisher diffusen propräsidentiellen Zentrum des Parteienspektrums ausgelöst.

Auswirkungen des neuen Parteien- und Wahlrechts

Die Neustrukturierung der Parteienlandschaft ist eine Reaktion auf Reformen des Parteien- und Wahlrechts seit dem Jahre 2001, deren erklärtes Ziel in der Zentralisierung und Konsolidierung des Parteiensystems und, darauf aufbauend, der Stärkung des Parlamentarismus besteht. Tatsächlich sind aufgrund der Neufassung des Parteiengesetzes heute nur noch 17 politische Parteien registriert. Nur Organisationen dieses Typs sind berechtigt, Kandidaten für die Parlamentswahlen aufzustellen, was den politischen Wettbewerb überschaubarer macht – etwa im Vergleich zu 2003, als noch 27 politische Parteien und fünf Wahlblöcke, zu denen sich weitere zwölf Parteien und eine „gesellschaftliche Bewegung“ zusammengeschlossen hatten, miteinander konkurrierten.

Die Auswirkungen des Parteiengesetzes sind allerdings, da sie kleine und instabile Gebilde am stärksten betroffen haben, weniger schwerwiegend als das neue Wahlrecht, das im Dezember erstmals landesweit seine volle Wirkung entfalten wird: Weil vom bisherigen Grabenwahlsystem, das Direktwahl mit Listenwahl kombiniert, auf reine Verhältniswahl umgestellt worden ist, benötigen alle Interessenten für ein Abgeordnetenmandat einen aussichtsreichen Platz auf einer Parteienliste. Die Möglichkeit, als „Unabhängiger“ über die einfache Stimmenmehrheit per Direktwahl in die Duma zu gelangen, ist nunmehr verschlossen. Damit sind Parteien als Organisationen heute wichtiger geworden, als sie es in Russland je gewesen sind, vor allem jedoch nimmt die Abhängigkeit der Kandidaten

von den Parteiapparaten zu. Die politische Zukunft des Personals kleinerer Parteien wird darüber hinaus existenziell bedroht, weil diese keine Aussicht haben, die 7%-Hürde bei den Wahlen zu überwinden.

„Gerechtes Russland“: Das Projekt der „Neuen Linken“

Ambitionierte Politiker haben deshalb seit dem Sommer 2006 eine Reihe von Initiativen gestartet, um ihre Wahlchancen zu verbessern, indem sie ihre Parteien vereinigen. Die Erfolgswahrscheinlichkeit der einzelnen „Projekte“ hängt dabei zum einen vom individuellen politischen Gewicht, dem Verhandlungsgeschick und der „Chemie“ zwischen den interessierten Politikern ab. Zum anderen aber zeigt sich auch das Wirken der „starken Hand“: Die Neustrukturierung des Parteiensystems erhält ihre politische Brisanz dadurch, dass sie nicht allein der Logik einer Selbstorganisation „von unten“ folgt, entsprechend derer politische Akteure auf veränderte institutionelle Anreize mit Anpassungsversuchen und eventuell veränderten Interaktionsmustern reagieren. Vielmehr treffen solche Versuche auch auf Bestrebungen „von oben“.

Putins Strategie der „gelenkten Demokratie“ greift bekanntlich direkt in politische und zivilgesellschaftliche Institutionalisierungsprozesse ein, um einen kohärenten und kontrollierbaren intermediären Raum zwischen dem Staat und den Bürgern zu schaffen. Diese Strategie, die für den Bereich der Zivilgesellschaft am besten dokumentiert ist, sich aber auch auf Interessengruppen im weitesten Sinne erstreckt, schlägt sich auch im Parteiensystem in der Institutionalisierung einer begrenzten Vielfalt nieder. Gebilligt und gefördert durch die Präsidentialadministration entstehen so mehrere „Standbeine“ des Systems im parteiparlamentarischen Raum: Sie konkurrieren untereinander, bilden jedoch keine Opposition im Sinne politischer Alternativen.

Im Juli 2006 kündigten die Parteien „Heimat“ und „Russische Partei des Lebens“ an, sich zwecks „Schaffung einer starken linkspatriotischen Kraft“ zu vereinigen; einen Monat später schloss sich ihnen die „Russische Partei der Rentner“ an. Am 28. Oktober ging aus diesem Bündnis der „Neuen Linken“ die Partei „Gerechtes Russland: Heimat/Rentner/Leben“ hervor. Sie erlangte die offizielle Registrierung, ist mit einer eigenen Fraktion im Parlament vertreten (29 Abgeordnete) und wird von Sergej Mironow, dem Vorsitzenden des Föderationsrates, geführt. Die Chancen ihrer Führung, unter den Bedingungen der reinen Verhältniswahl erneut ins Parlament einzuziehen, sind damit erheblich gewachsen. Alle Beobachter

sind sich darüber hinaus einig, dass dieses Projekt von einflussreichen Gruppen in der Präsidentialadministration unterstützt wird, die mit dem Aufbau zweier „systemtreuer“ Parteien die langfristigen Perspektiven der „gelenkten Demokratie“ zu sichern versuchen.

„Einiges Russland“ versus „Gerechtes Russland“

Obwohl die Wählerzustimmung für die „Neue Linke“ bisher lediglich um die 7%-Marke schwankt, eskaliert die Konkurrenz zwischen ihr und „Einiges Russland“. Im Spätherbst schien die letztere als etablierte „Partei der Macht“ eine Zeitlang ihr politisches Übergewicht nutzen zu wollen, um vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Im Vorfeld der Wahlen zu 15 Regionalparlamenten, die im März 2007 stattfinden, initiierten beide Parteien Verleumdungskampagnen gegen den jeweiligen Gegner und riefen jeweils die Staatsanwaltschaft an. Gleichzeitig versucht „Einiges Russland“ seit Monaten, in der Duma immer neue Modifikationen des Wahlrechts durchzusetzen, um seine Erfolgchancen im Dezember zu verbessern. Die Fraktion von „Gerechtes Russland“ fordert ihrerseits Gesetze gegen erpresserischen Parteibeitritt, der bei dem Rivalen übliche Praxis sein soll.

Abzusehen ist, dass die „Neue Linke“ an Gewicht zulegen wird, sobald es ihr gelingt, noch bestehende Zweifel an der Seriosität ihrer Aussichten auszuräumen. Der „Staubsauger-Effekt“, der Politiker anzieht, welche in der großen, amorphen Partei „Einiges Russland“ unzufrieden sind, aber die Politik Putins unterstützen, scheint bereits eingesetzt zu haben. Für hinreichend prominente Politiker ist „Gerechtes Russland“ auch deshalb attraktiv, weil in der neuen, kleineren Partei bisher noch kein Wettbewerb um aussichtsreiche Listenplätze entbrannt ist. Da durch ihre Existenz die Zwangsläufigkeit aufgehoben wird, mit der die regionalen Eliten sich bisher „Einiges Russland“ anschließen mussten, um ihre Zugänge zur „administrativen Ressource“ in der präsidentialen Machtvertikale zu sichern, wird auch das Stimmverhalten in den Föderationssubjekten künftig ungewisser.

Zwei „Parteien der Macht“ und die „Macht“

Der Grund für die Erbitterung, mit der die Rivalitäten zwischen beiden Parteien ausgetragen werden, liegt darin, dass es sich um Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Machtelite handelt. Zwar wurde die „Partei der Macht“ auch bei früheren Wahlen stets durch kleinere propräsidentielle Kräfte flankiert, aber diese zogen in erster Linie weitere Stimmen von der Opposition ab (z.B. „Heimat“ bei den Wahlen 2003). Auch die „Neue Linke“ schien von der Präsidentialadministrati-

on zunächst als Gegengewicht zur Kommunistischen Partei protegiert zu werden, was darüber hinaus als geschickte Strategie gelten kann, die Legitimität des politischen Systems durch die Schaffung scheinbarer Wahlalternativen zu steigern. Inzwischen konkurrieren „Einiges Russland“ und „Gerechtes Russland“ jedoch vor allem um personelle und administrative Ressourcen innerhalb des propräsidentiellen Lagers.

Damit treten auch die Risiken deutlicher zu Tage, die das „Projekt zweites Standbein“ für die Präsidentialadministration birgt: Zwar sollte es die Autonomie des Präsidenten stärken, wenn dieser die Rivalität zweier ihm ergebener Parteien gegebenenfalls nutzen kann, um sie gegeneinander auszuspielen und in ihrem politischen Ehrgeiz zu bremsen. Die Dynamik einer solchen Konkurrenz könnte aber auch außer Kontrolle geraten, sind doch die beteiligten Akteure und Organisationen keineswegs bloße Marionetten einer geschlossen agierenden Exekutive. Hinter ihnen stehen äußerst ambitionierte Politiker mit einem eigenen Willen zum politischen Überleben und ihre Netzwerke. Sie reichen hinein in die präsidentielle Exekutive, innerhalb derer es durchaus einen Wettbewerb um Macht und die passenden Strategien zur Sicherung der Systemreproduktion gibt.

Es wäre naiv anzunehmen, dass sich diese komplexe – aufgrund von Schachzügen einzelner Akteure und von unvorhersehbaren Ereignissen täglich neu zu interpretierende – Situation entsprechend des Drehbuchs einer dominanten Gruppe in der Präsidentialadministration entwickle, die ihrerseits einen vollstreckbaren Rechtsanspruch auf eine glückliche Lösung der Nachfolgefrage für Putin geltend machen könnte. Auch „der Kreml“ experimentiert vielmehr, indem er auf die Dynamik der Entwicklung reagiert, und testet die Grenzen aus, die der Ausdifferenzierung des parteipolitischen Raumes zu setzen sind.

Einmal mehr bestätigt sich dabei die Strategie der „gelenkten Demokratie“ mit ihrer Fokussierung des politischen Raums auf einen paternalistisch agierenden Präsidenten, der konkurrierende Akteure im Namen des „nationalen Interesses“ auf Konsultation und Konzertierung einschwört. So lud Putin im Dezember 2006 die Repräsentanten der „zehn wichtigsten politischen Parteien“ ein – wie er das

zuweilen auch mit handverlesenen Vertretern der „Zivilgesellschaft“ und loyalen Großunternehmern tut –, um ihnen die Etablierung eines gemeinsamen „Konsultationsrates“ anzubieten (auch dies ein bewährtes Muster). Dessen Zweck soll im gemeinsamen Vorgehen gegen den politischen Extremismus, d.h. radikal nationalistische sowie „orange“ Kräfte, bestehen. Durch die Auswahl der Eingeladenen, unter denen sich neben den beiden „Parteien der Macht“ auch die Kommunisten, die Liberaldemokraten und die beiden liberalen Oppositionsparteien befanden, machte Putin ebenso seine Unterstützung für „Einiges Russland“ deutlich wie er gleichzeitig dessen Rivalen lizenzierte. Die Bedeutung von „Gerechtes Russland“ wiederum wurde dadurch relativiert, dass noch weitere kleine Parteien eingeladen waren – die ihrerseits das Projekt eines Parteizusammenschlusses verfolgten, der sich gegen die „Neue Linke“ richtete. Dieses Projekt scheiterte jedoch nach monatelangen Verhandlungen der potentiellen Bündnispartner.

Und die Wähler?

Das die Konkurrenz propräsidentieller Kräftekoalitionen derart offensichtlich ausgetragen wird wie gegenwärtig, ist neu im „System Putin“ und hängt direkt da-

mit zusammen, dass Parteien an Bedeutung gewonnen haben: Es bindet Rivalitäten deutlich an sichtbare Strukturen. Ohne eine klare programmatische Profilbildung können diese Auseinandersetzungen jedoch kaum über den Rahmen eines intraelitären Wettbewerbs hinausgehen. Die Gründung und Bestandsicherung von Parteien übt daher auch in diese Richtung Druck aus, dem sich „Einiges Russland“ und „Gerechtes Russland“ stellen müssen, um die ihnen zuge dachte Funktion im „System Putin“ zu erfüllen. Die Profilbildung der beiden Rivalen, die sie stärker auf die Konkurrenz um Wählerstimmen lenken würde, könnte den selbstzerstörerischen Tendenzen im propräsidentiellen Lager entgegenwirken. Tatsächlich ist der ideologisch-programmatische Unterschied zwischen beiden Parteien bisher nur schwer auszumachen, wie auch die Interpretationshilfe beweist, die jüngst von „höchster Stelle“ angeboten wurde (s. Kasten auf dieser Seite).

Gleichzeitig ist der von der „gelenkten Demokratie“ gesteckte Rahmen einer solchen Profilbildung sehr

„Den Unterschied sehe ich darin, dass ‚Einiges Russland‘ doch so ein eher rechtes, liberales Zentrum darstellt, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik, obwohl es auch dort viele sozialdemokratische Tendenzen gibt. Aber ‚Gerechtes Russland‘ ist natürlich eine Partei, die in allen ihren Dimensionen an eine sozialistische, sozialdemokratische Richtung erinnert. Das ist vielleicht gegenwärtig noch nicht in vollem Umfang zu erkennen und zu sehen, genauso wie auch die rechtsliberale Ausrichtung von ‚Einiges Russland‘ noch nicht in vollem Umfang zu sehen ist. Das braucht Zeit.“

V.V. Putin auf einer Pressekonferenz, 1.2.2007

eng. Die Wähler jedenfalls reagieren bisher nicht mit wachsendem Interesse an Politik, wie Umfragen immer wieder bestätigen. Dass der Wettbewerb zwischen zwei „Parteien der Macht“ das Elektorat mobilisieren kann

und damit die Legitimitätsgrundlage der „gelenkten Demokratie“ mit ihren vorstrukturierten politischen Alternativen verbreitern würde, ist nicht abzusehen.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Analyse setzt den Beitrag derselben Autorin in den Russlandanalysen 115/06 fort; weitergehende Informationen und Literatur über das Parteiensystem sowie die Reformen des Parteien- und Wahlrechts s. Russlandanalysen 53/05, 73/05 und 106/06.

Lesetipps

- Luke March: The Contemporary Russian Left after Communism: Into the Dustbin of History?, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 22.2006, No. 4, S. 431–456
- Andrey A. Meleshevich: Party Systems in Post-Soviet Countries: A Comparative Study of Political Institutionalization in the Baltic States, Russia, and Ukraine Basigstoke: Palgrave Macmillan 2007.
- L.F. Ševcova: Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin, in: Osteuropa, 56.2006, Nr. 3, S. 3–18.

Tabellen und Grafiken zum Text

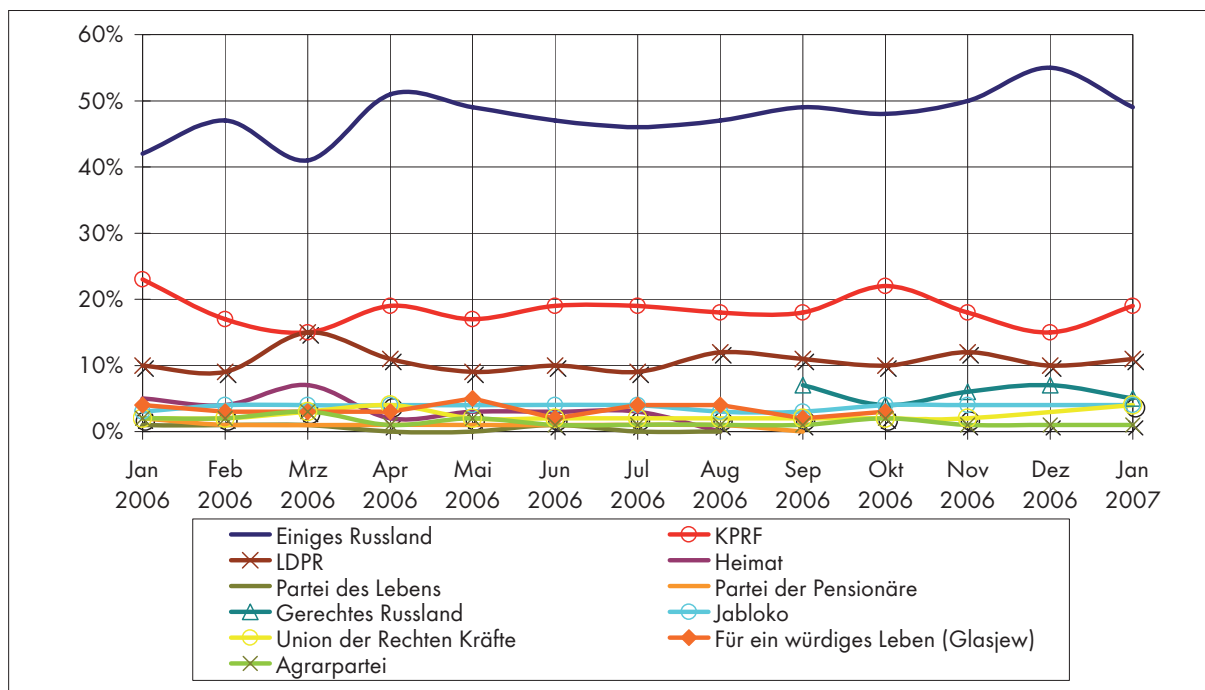
Liste der 2007 offiziell registrierten politischen Parteien

Politische Parteien, die die Anforderungen nach Punkt 1, Artikel 2 des Föderalen Gesetzes Nr. 168-FZ „Über Einführung von Änderungen in das Föderale Gesetz „Über politische Parteien““ vom 20.12.2004 erfüllen

1	Politische Partei „Volkspartei der Russischen Föderation“
2	Politische Partei „Demokratische Partei Russlands“
3	Allrussische Politische Partei „Einiges Russland“
4	Russische Politische Partei des Friedens und der Einheit
5	Politische Partei „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“
6	Politische Partei „Union der Rechten Kräfte“
7	Politische Partei „Liberal-demokratische Partei Russlands“
8	Russische vereinigte demokratische Partei „Jabloko“
9	Politische Partei „Patrioten Russlands“ (früher: politische Partei „Russische Partei der Arbeit“)
10	Politische Partei „Russische ökologische Politische Partei „Die Grünen““
11	Politische Partei „Agrarpartei Russlands“
12	Politische Partei „Partei der nationalen Wiedergeburt „Volksfreiheit““
13	Politische Partei „Sozialistische Einheitspartei Russlands“
14	Allrussische Politische Partei „Freies Russland“
15	Politische Partei „Partei der sozialen Ehrlichkeit“
16	Politische Partei „Partei der Wiedergeburt Russlands“
17	Politische Partei „Gerechtes Russland/Heimat/Pensionäre/Leben“

Quelle: <http://www.rosregistr.ru/index.php?menu=3010000000>, 18.2.2007

Parteienratings und Sonntagsfrage

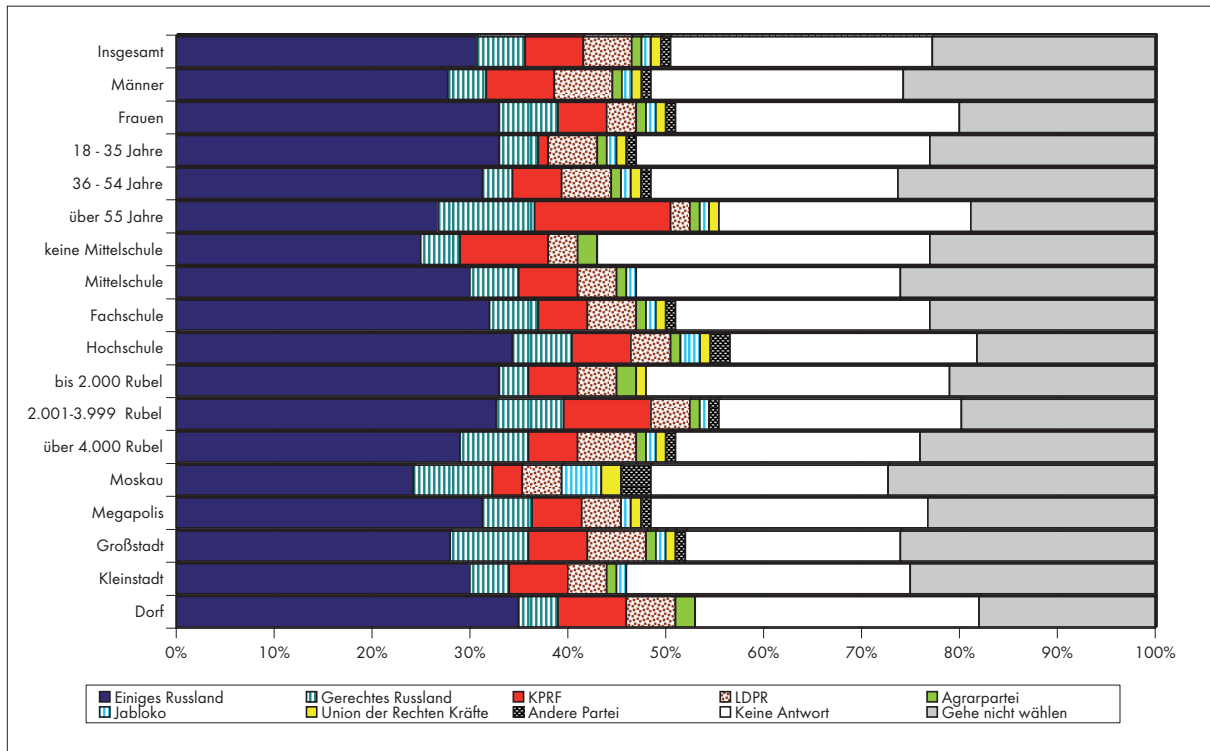


Parteienrating 2006–2007
(in % derjenigen, die zur Wahl gehen wollen)

	Jan 2006	Feb 2006	Mrz 2006	Apr 2006	Mai 2006	Jun 2006	Jul 2006	Aug 2006	Sep 2006	Okt 2006	Nov 2006	Dez 2006	Jan 2007
Einiges Russland	42%	47%	41%	51%	49%	47%	46%	47%	49%	48%	50%	55%	49%
KPRF	23%	17%	15%	19%	17%	19%	19%	18%	18%	22%	18%	15%	19%
LDPR	10%	9%	15%	11%	9%	10%	9%	12%	11%	10%	12%	10%	11%
Heimat	5%	4%	7%	2%	3%	3%	3%	-	-	-	-	-	-
Partei des Lebens	1%	1%	1%	<1%	<1%	1%	<1%	-	-	-	-	-	-
Partei der Pensionäre	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	-	-	-	-	-
Gerechtes Russland	-	-	-	-	-	-	-	-	7%	4%	6%	7%	5%
Jabloko	3%	4%	4%	4%	4%	4%	4%	3%	3%	4%	4%	-	4%
Union der Rechten Kräfte	2%	2%	3%	4%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	-	4%
Für ein würdiges Leben (Glasjew)	4%	3%	3%	3%	5%	2%	4%	4%	2%	3%	-	-	-
Agrarpartei	2%	2%	3%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%
Partei Wiedergeburt Russlands	1%	1%	<1%	<1%	<1%	<1%	1%	<1%	1%	1%	1%	-	1%
Volkspartei Russlands	<1%	<1%	<1%	<1%	<1%	<1%	<1%	<1%	1%	<1%	<1%	1%	<1%
Ökologische Partei „Die Grünen“	<1%	<1%	<1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	<1%	2%	1%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/reitingi2006.print.html>

„Für welche der aufgeführten politischen Parteien würden Sie stimmen, wenn nächsten Sonntag Wahlen wären?“ (Februar 2007)



	Russland Insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen			Wohnorttyp				
		Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittel- schule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.000 Rubel	2.001-3.999 Rubel	über 4.000 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe	100%	47%	53%	36%	37%	27%	14%	34%	34%	17%	25%	35%	25%	8%	12%	17%	38%	25%
Einiges Russland	31%	28%	33%	33%	31%	27%	25%	30%	32%	34%	33%	33%	29%	24%	31%	28%	30%	35%
KPRF	6%	7%	5%	1%	5%	14%	9%	6%	5%	6%	5%	9%	5%	3%	5%	6%	6%	7%
Gerechtes Russ- land	5%	4%	6%	4%	3%	10%	4%	5%	5%	6%	3%	7%	7%	8%	5%	8%	4%	4%
LDPR	5%	6%	3%	5%	5%	2%	3%	4%	5%	4%	4%	4%	6%	4%	4%	6%	4%	5%
Agrarpartei	1%	1%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	0%	0%	1%	1%	2%
Jabloko	1%	1%	1%	1%	1%	1%	0%	1%	1%	2%	0%	1%	1%	4%	1%	1%	1%	0%
Union der Rechten Kräfte	1%	1%	1%	1%	1%	1%	0%	0%	1%	1%	1%	0%	1%	2%	1%	1%	0%	0%
Andere Partei	1%	1%	1%	1%	1%	0%	0%	0%	1%	2%	0%	1%	1%	3%	1%	1%	0%	0%
Gehe nicht wählen	23%	26%	20%	23%	26%	19%	23%	26%	23%	18%	21%	20%	24%	27%	23%	26%	25%	18%
Keine Antwort	27%	26%	29%	30%	25%	26%	34%	27%	26%	25%	31%	25%	25%	24%	28%	22%	29%	29%

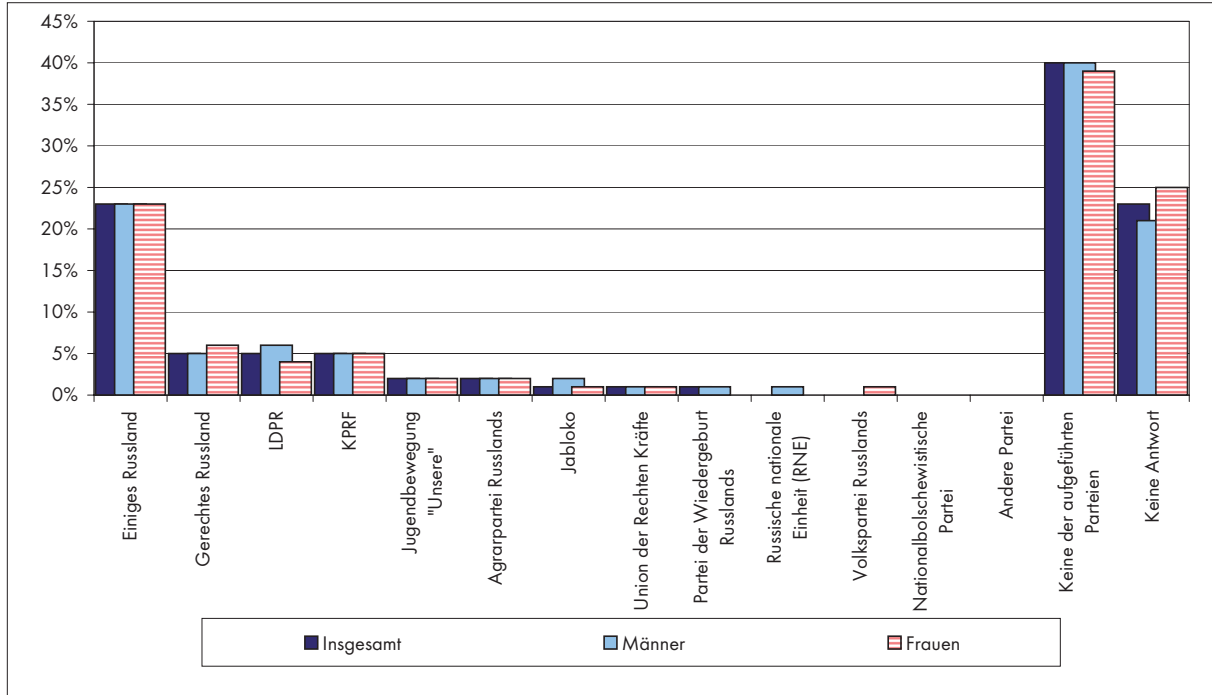
Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 10.-11.2.2007 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0707/domm0707_1/d070701>

Welche politische Gruppe hat auf Sie in der letzten Zeit einen guten, positiven Eindruck gemacht? (Februar 2007)

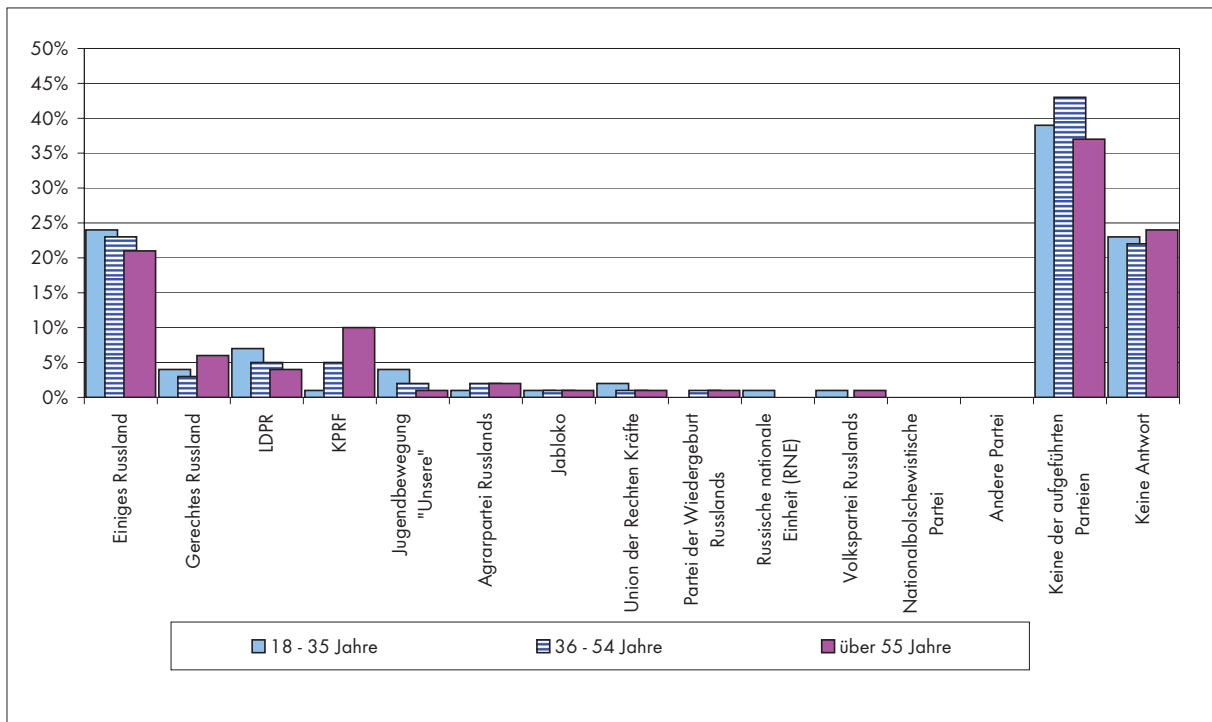
Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 10.-11.2.2007

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0707/domm0707_1/d070701

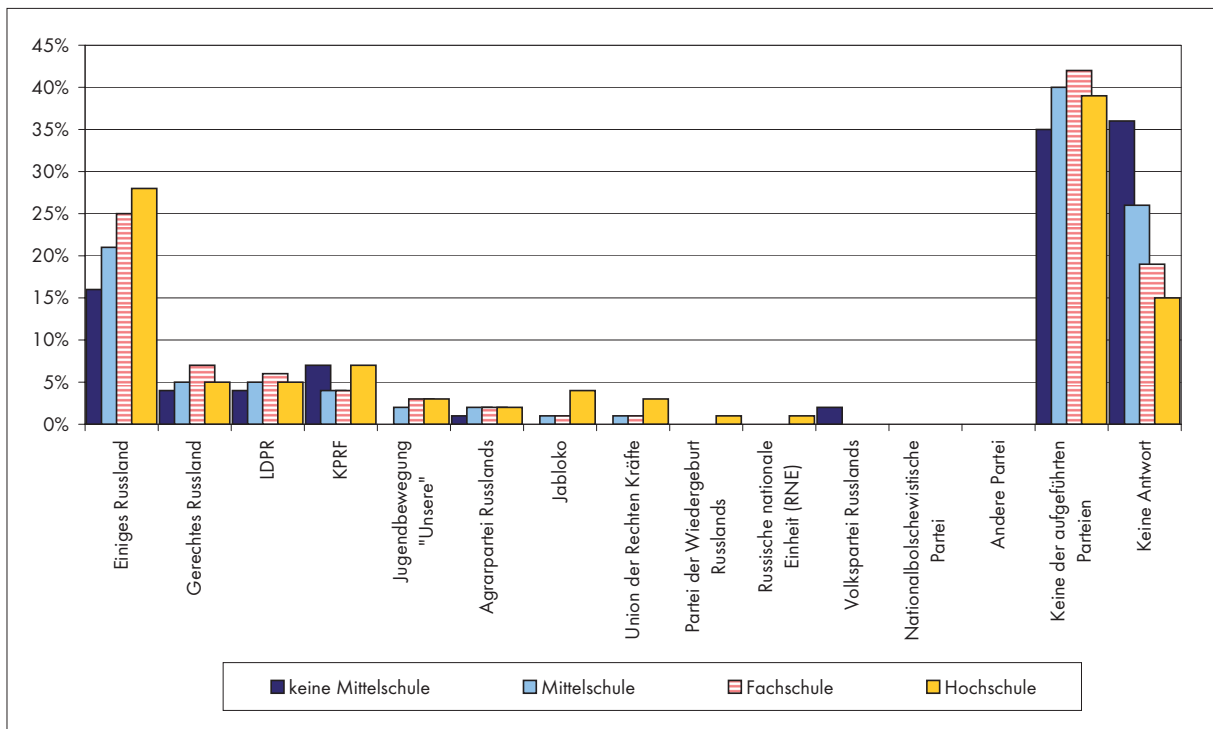
Männer und Frauen



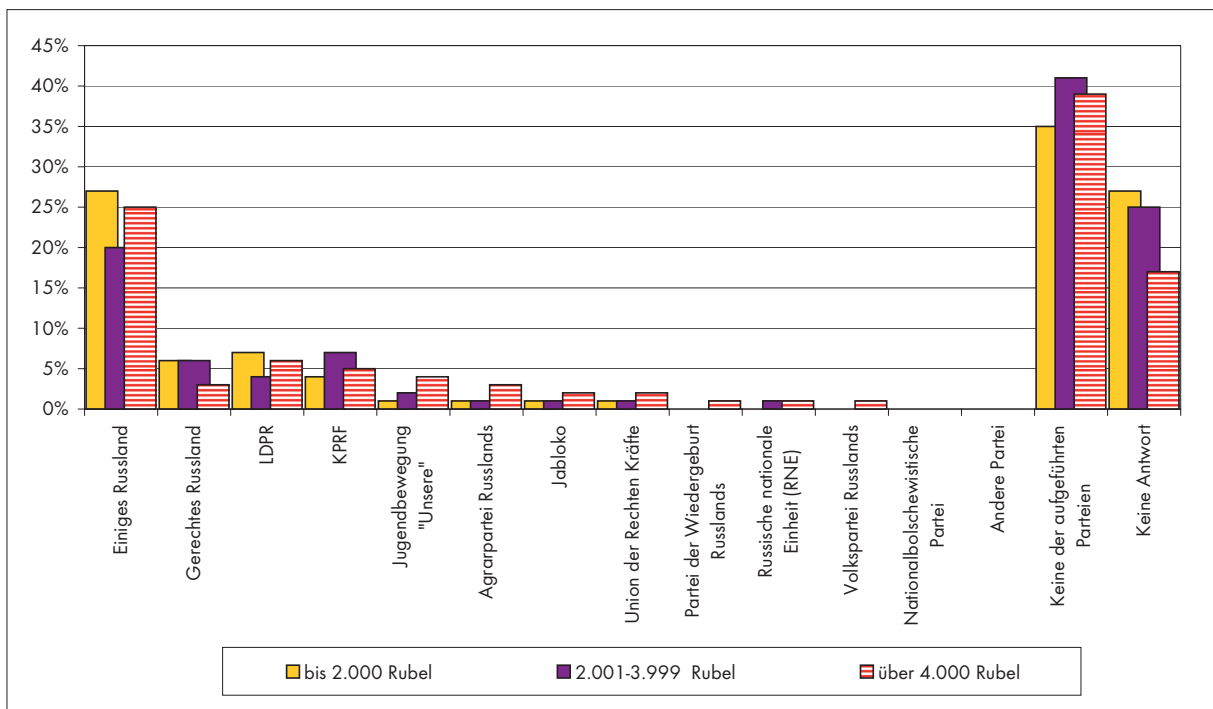
Alterskohorten



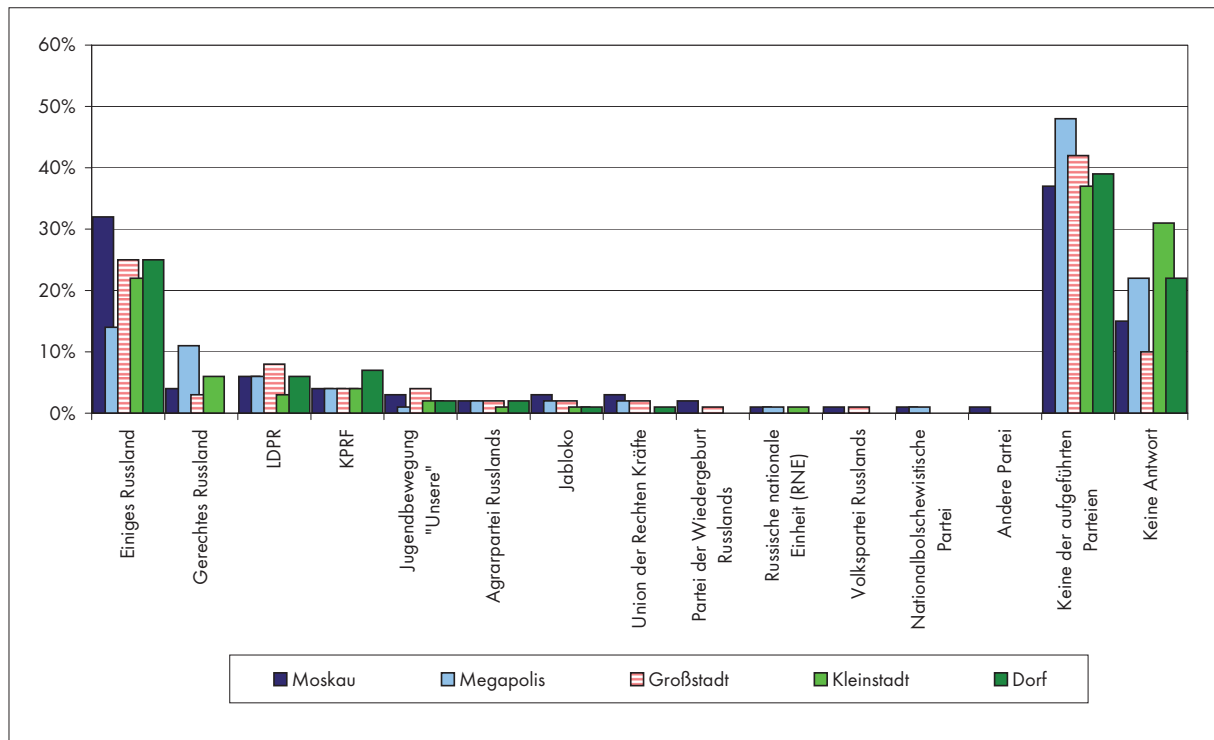
Bildungsstand



Einkommensniveau



Wohnorttyp



Sagen Sie bitte, welche politische Partei hat auf Sie in der letzten Zeit einen guten, positiven Eindruck gemacht? (Karte, beliebig viele Antworten)

	Russland Insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen			Wohnorttyp				
		Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.000 Rubel	2.001-3.999 Rubel	über 4.000 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe	100%	47%	53%	36%	37%	27%	14%	34%	34%	17%	25%	35%	25%	8%	12%	17%	38%	25%
Einiges Russland	23%	23%	23%	24%	23%	21%	16%	21%	25%	28%	27%	20%	25%	32%	14%	25%	22%	25%
Gerechtes Russland	5%	5%	6%	4%	3%	6%	4%	5%	7%	5%	6%	6%	3%	4%	11%	3%	6%	
LDPR	5%	6%	4%	7%	5%	4%	4%	5%	6%	5%	7%	4%	6%	6%	6%	8%	3%	6%
KPRF	5%	5%	5%	1%	5%	10%	7%	4%	4%	7%	4%	7%	5%	4%	4%	4%	4%	7%
Jugendbewegung „Unsere“	2%	2%	2%	4%	2%	1%	0%	2%	3%	3%	1%	2%	4%	3%	1%	4%	2%	2%
Agrarpartei Russlands	2%	2%	2%	1%	2%	2%	1%	2%	2%	2%	1%	1%	3%	2%	2%	2%	1%	2%
Jabloko	1%	2%	1%	1%	1%	1%	0%	1%	1%	4%	1%	1%	2%	3%	2%	2%	1%	1%
Union der Rechten Kräfte	1%	1%	1%	2%	1%	1%	0%	1%	1%	3%	1%	1%	2%	3%	2%	2%	0%	1%
Partei der Wiedergeburt Russlands	1%	1%	0%	0%	1%	1%	0%	0%	0%	1%	0%	0%	1%	2%	0%	1%	0%	0%
Russische nationale Einheit (RNE)	0%	1%	0%	1%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	0%	1%	1%	1%	1%	0%	1%	0%
Volkspartei Russlands	0%	0%	1%	1%	0%	1%	2%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	1%	0%	1%	0%	0%
Nationalbolschewistische Partei	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	1%	0%	0%	0%
Andere Partei	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	0%	0%	0%	0%
Keine der aufgeführten Parteien	40%	40%	39%	39%	43%	37%	35%	40%	42%	39%	35%	41%	39%	37%	48%	42%	37%	39%
Keine Antwort	23%	21%	25%	23%	22%	24%	36%	26%	19%	15%	27%	25%	17%	15%	22%	10%	31%	22%

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 10.-11.2.2007 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0707/domm0707_1/d070701>

Kommentar

Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können

Petra Stykow, München

Die Duma-Wahlen am Ende dieses Jahres werden eine Entscheidung in einem Wahlkampf fällen, deren aussichtsreichste Gegner kaum in politisch-programmatischer Opposition zueinander stehen und mit Sicherheit keine Opposition gegenüber dem Präsidenten darstellen. Dies ist ein Erfolg des „Systems Putin“. Allerdings liegt dieser Erfolg nur vordergründig in der Person des Präsidenten begründet, dessen Bild im Westen zunehmend dämonisiert wird. Seine Ursache findet sich vielmehr im institutionellen Arrangement dieses Systems.

Ein Blick auf die Varianten westlicher Demokratien ist erhellend: In parlamentarischen Systemen stellt die Regierung formal den „ausführenden Arm“ der Parlamentsmehrheit dar. Der Parteienwettbewerb und seine regelmäßige Entscheidung durch Wahlen garantiert hier, dass die riskante Verschränkung einer Partei (bzw. Koalition) mit der Exekutive temporär und revidierbar bleibt. In der Präsidentialdemokratie der USA mit ihrem System der „checks and balances“ hingegen besteht der entscheidende Mechanismus zur Eindämmung politischer Macht in der institutionellen Konkurrenz von Exekutive und Legislative, also unmittelbar der „Gewalten“ selbst. Entsprechend unterscheidet sich auch die Bedeutung von politischen Parteien in beiden Arrangements: Während das parlamentarische System auf starke, profilierte und disziplinierte Organisationen existentiell angewiesen ist, sind schwache, programmatisch vage Parteien keine Bedrohung für die Demokratie in einem präsidentiellen System, vielleicht sogar deren Funktionsbedingung.

Der russische (formale) „Semi-“ und (faktische) „Superpräsidentialismus“ kombiniert Elemente beider

Systeme. Da aber das Abstimmungsverhalten der Duma durch die Präsidentialadministration – anders als im präsidentiellen System der USA – effektiv kontrolliert werden kann, sind die „checks and balances“ außer Kraft gesetzt; die Exekutive verselbstständigt sich gegenüber der Legislative. Derselbe Effekt tritt ein, weil die Exekutive – anders als in den europäischen Demokratien – institutionell nicht der verlängerte Arm der Parlamentsmehrheit ist und weil es keine „echte“ Parteienkonkurrenz unter den politisch relevanten, nicht marginalisierten Parteien gibt. Während die einzelnen Elemente des russischen Institutionensystems daher auf den ersten Blick oft Ähnlichkeiten mit denen funktionierender Demokratien aufweisen, verliert sich dieser Eindruck, schaut man auf das Ganze: Hier werden Bausteine so zusammengesetzt, dass die Gesamtarchitektur ihrer Ursprungskontexte kollidiert. Die einzelnen Elemente entstammen unterschiedlichen institutionellen Arrangements, deren Systemlogik jeweils aus dem Zusammenspiel aller Elemente erwächst, nicht aber jedem einzelnen Element bereits innewohnt. Zerstört man dieses Zusammenspiel und kombiniert Bausteine der parlamentarischen und präsidentiellen Demokratie miteinander, so kann dies offenbar (z.B. wenn es noch dazu auf überlebende Elemente der ebenso zentralisierten wie fiktiven „sowjetischen Demokratie“ trifft) ein politisches System hervorbringen, das seines demokratischen Charakters verlustig gegangen ist, weil es eine übermächtige Exekutive hervorgebracht hat und perpetuiert. Die Irritation des Westens, die von Russlands Politik ausgeht, hat hier ihre Wurzeln.

Biographie

Anatoli Serdjukow

Der bisherige Leiter der nationalen russischen Steuerbehörde, Anatoli Eduardowitsch Serdjukow, wurde von Präsident Wladimir Putin am 15. Februar 2007 zum neuen Verteidigungsminister ernannt. Serdjukow hat bisher weder in der militärischen Führung noch auf diplomatischem Parkett Erfahrungen gesammelt.

Der 1962 in der Wohnsiedlung Cholmski in der der Region Krasnodar geborene Serdjukow beendete 1984 die Leningrader Hochschule für Sowjetischen Handel als Diplom-Ökonom. Seinen Wehrdienst absolviert er anschließend aufgrund seines Hochschulabschlusses als Leutnant. Ab 1985 arbeitete er dann als leitender Manager in Möbelgeschäften in Leningrad (heute St. Petersburg), von 1995 bis 2000 war er Generaldirektor der Möbelmarkt AG.

Im Oktober 2000 wird Serdjukow stellvertretender Leiter der Interregionalen Inspektion für die größten Steuerzahler von Sankt Petersburg. 2000 promoviert er als Ökonom und anschließend 2001 auch als Jurist an der Staatlichen Petersburger Universität und macht im folgenden Karriere in der Staatsverwaltung. Gefördert wird er von seinem Chef und Schwiegervater Viktor Subkow. Als das russische Steuerministerium im Zuge der Regierungsumbildung 2004 als Steuerbehörde in das Finanzministerium eingegliedert wird, wird Serdjukow Leiter der nationalen russischen Steuerbehörde.

Serdjukow wird der Gruppe der „Silowiki“ zugerechnet, der Vertreter von Geheimdiensten und Militärs, die auf verstärkte Kontrolle von Gesellschaft und Wirtschaft setzen. Unter Serdjukow startete die Steuerbehörde die Ermittlungen gegen den Erdölkonzern Jukos und seinen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkowski wegen Steuerhinterziehung. Mit offensichtlich manipulierten Vorwürfen, in denen die Steuernachforderungen für einzelne Jahre die Gesamtsumme der Konzerneinnahmen überstiegen, wurde der Konzern in den Konkurs getrieben. Chodorkowski wurde u.a. wegen Steuerhinterziehung zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.

Serdjukow setzte zur Erhöhung der Steuereinnahmen auf stärkere Kontrolle der Unternehmen und auf Rotation leitender Mitarbeiter zur Verringerung der Möglichkeiten für Korruption. Nach Einschätzung der regierungskritischen russischen Tageszeitung Kommersant „hat er die Steuerbehörde erfolgreich in eine geheime und vergleichsweise effiziente Machtstruktur verwandelt“, die sich von äußeren Einflüssen weitgehend abschottete. Serdjukow habe so sogar die Position seines Vorgesetzten, Finanzminister Alexei Kudrin, ignoriert.

Eine Schlappe erlebte Serdjukow im Sommer 2006 mit seinem Versuch, Alkoholproduktion und -importe des Landes komplett elektronisch zu erfassen, um Panscher (und damit auch Steuerhinterzieher) besser aufspüren zu können. Die Einführung des elektronischen Überwachungssystems scheiterte an technischen Problemen und hatte Versorgungsengpässe zur Folge, die erhebliche öffentliche Kritik hervorriefen.

Putin begründete die Ernennung Serdjukows zum Verteidigungsminister damit, dass für das umfassende Modernisierungsprogramm der Armee vor allem Wirtschafts- und Finanzkompetenz gebraucht werde, da der neue Verteidigungsminister „Riesensummen vernünftig ausgeben“ müsse.

Misstände in den Streitkräften und geringe Dienstbereitschaft

Die ungelöste Aufgabe des Verteidigungsministers

Wie verbreitet sind Kameradenschinderei und Misshandlung durch Vorgesetzte in den Streitkräften?

	2006	2007
Überall	32%	20%
In der Mehrheit der Einheiten	50%	45%
In wenigen Einheiten	12%	21%
Einzelfälle	2%	9%
Keine Antwort	4%	6%

Wollen Sie, dass Ihr Sohn, Ehemann oder ein naher Verwandter heute in der Armee dient?

	1998	2000	2002	2004	2006	2007
Ja	13%	19%	22%	20%	24%	35%
Nein	84%	75%	72%	77%	69%	59%
Keine Antwort	3%	6%	6%	3%	7%	6%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.-20.2.2007 <<http://www.levada.ru./press/2007022201.html>>

Chronik

Vom 15. bis zum 22. Februar 2007

15.2.2007	In Machatschkala (Dagestan) protestieren Verkehrspolizisten gegen Korruption im Innenministerium und verlangen Auszahlung ihrer rückständigen Gehälter.
15.2.2007	Putin nimmt das Rücktrittsgesuch von Alu Alchanow, dem Präsidenten Tschetscheniens an. An seine Stelle tritt nun kommissarisch der tschetschenische Ministerpräsident Ramsan Kadyrow.
17.02.2007	Im Gebiet Moskau werden Vögel gefunden, die mit dem auch für Menschen gefährlichen H5N1-Virus infiziert sind. Einige der an Vogelgrippe erkrankten Vögel sollen auch auf Moskauer Märkten verkauft worden sein. Der Moskauer Vogelmarkt ist daraufhin geschlossen worden.
18.02.2007	Bei der Explosion einer Bombe in St. Petersburg werden sechs Menschen verletzt, darunter ein Deutscher. Die Hintergründe für den Anschlag im McDonalds am Nevskij-Prospekt sind noch nicht bekannt.
19.2.2007	Generaloberst Nikolaj Solowzow, der Oberkommandierende der Strategischen Raketentruppen, erklärt, Russland sei in der Lage, Ziele in Polen und Tschechien zu bekämpfen, wenn die politische Führung dies befiehlt. Er stellt auch fest, dass die USA ein Raketenabwehrprojekt erörtern, bisher aber keine konkreten Schritte unternommen hätten.
20.02.2007	In Nordossetien wird der Föderale Richter Wladimir Albergow ermordet aufgefunden.
20.2.2007	Der Sprecher von Rosatom, der Föderalen Atomenergieagentur, bestätigt, dass der Iran mit seinen Zahlungen für die Lieferungen russischer Atomtechnologie im Rückstand sei. Das werde zu Lieferverzögerungen führen.
20.2.2007	Die spanische Zeitung „El País“ zitiert einen Journalisten der Zeitung „Nowaja gaseta“ mit der Feststellung, drei Quellen würden unabhängig voneinander bezeugen, dass der Auftrag zur Ermordung von Anna Politkowskaja aus der Umgebung des amtierenden tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrow gekommen sei.
20.02.2007	Russlands Präsident Wladimir Putin erklärt, dass das Land bei einer Ausrichtung der olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi rund zwölf Milliarden Dollar für Vorbereitung, Organisation und Infrastruktur der Spiele ausgeben werde.
21.02.2007	Der Föderationsrat ratifiziert ein Abkommen über Visaerleichterungen mit der Europäischen Union.
21.02.2007	Michail Mokrezow wird Nachfolger von Anatolij Serdjukow als Leiter des Föderalen Steuerdienstes.
21.2.2007	Das Unternehmen „Uran Platina Holding“, die der Gruppe „Renova“ gehört, die unter Kontrolle von Wiktor Wexelberg steht, erwirbt die Mehrheit der Aktien des Kara-Baltinsker Bergbaukombinats (KGRK) in Kirgisien. Das KGRK beschäftigt sich mit Uranverarbeitung.
22.2.2007	Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka bezeichnet die Situation der Korruptionsbekämpfung im Föderalbezirk Nordwest vor einer Versammlung der Leiter der Rechtsschutzorgane des Bezirks als „offen gescheitert“ und kritisiert die extrem niedrigen Aufklärungsraten. Seinen Angaben nach, werden im Bezirk nur 23% der Gewaltverbrechen aufgeklärt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de